



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 27.06.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 05.06.2008, 15:30 Uhr bis 17:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	Vertreterin für Frau dos Santos Herrmann Vertreter für Herrn Lierenfeld
Herr Henk van Benthem	CDU	
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Ossi Werner Helling	Grüne	
Herr Arif Ünal	Grüne	
Herr Mark Stephen Pohl	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden	pro Köln
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Helga Eylert	auf Vorschlag der CDU
Herr Manfred Hilgers	auf Vorschlag der FDP
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Heidelore Puttkamer	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates	
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsge- meinschaft Lesben, Schwule und Transgender	
Herr Stefan Meschig	auf Vorschlag der Stadtarbeitsge- meinschaft Lesben, Schwule und Transgender	nur zu TOP 0.

Entschuldigt fehlen:

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertre- tung
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsge- meinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung:

Frau Bredehorst, V (bis 16:45 Uhr)
Frau Preßmar-Cuber, V/1
Frau Fohlmeister, V/2
Frau Reinecke, V/3
Herr Santelmann, 50 (bis 16:52 Uhr)
Herr Oster, 501
Herr Wagner, 50/0 ARGE
Herr Schleicher, 5620

Schriftführerin:

Frau Kutzer, V/1

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kluth, weist auf die aktuelle, erweiterte Tagesordnung hin, in der die fett gedruckten Teile neu hinzugekommen sind.

Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen der so geänderten Tagesordnung zu.

Demnach ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 5 Hauptsatzung

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Interventionenstellen gegen häusliche Gewalt
1212/2008
hier: Beantwortung von Nachfragen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren
2096/2008
- 3.2 Anfrage von Herrn Kellner zur Mitteilung der Verwaltung aus der Sitzung am
10.04.2008 zum TOP 4.2 - Dokumentation der Zukunftswerkstatt "LebensARTen
50plus" - eines Kooperationsprojekts von Kölner Seniorenvertretung, Universität
zu Köln und Volkshochschule
1776/2008
- 3.3 Analoge Anwendung der "Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem
Engagement bei Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration"
hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Helling aus der Sitzung vom
08.05.2008
2359/2008
- 3.4 Köln-Pass
2523/2008

4 Mitteilungen

- 4.1 Prüfauftrag Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst
- Zwischenstand-
1923/2008
- 4.2 "Selbsthilfegruppen in Köln. Ausgabe 2008" - Wegweiser der Kontakt- und Infor-
mationsstelle für Selbsthilfe im PARITÄTISCHEN (KISS Köln)
2104/2008
- 4.3 Barrierefreies Köln - Sachstand 2008

1976/2008

4.4 Leistungsbericht 2007 des Amtes für Soziales und Senioren
2238/2008

4.5 Pflegestützpunkte
2318/2008

4.6 Erfahrungsbericht SGB II 2005-2007
2290/2008

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstand ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
2478/2008

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2008
2411/2008

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

7.1. Integrationsarbeit in der ARGE Köln
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2008
AN/0949/2008

7.2. Schulung amtlich bestellter Betreuer
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2008
AN/0953/2008

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1. Beratungsdienste für Demenzerkrankungen

hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.05.2008
AN/0980/2008

zu

8.2.1 Antwort der Verwaltung
2323/2008

8.2.2 Zahlungsverzug und Stromsperren in Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 30.05.2008
AN/1163/2008

8.2.3 Konten-Abfrage bei Kunden der ARGE hier: Anfrage der Fraktion DieLin-
ke.Köln vom 02.06.2008
AN/1171/2008

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
hier: Bühne der Kulturen e.V., IKULT Interkultureller Dialog e.V., Kindernöte e.V.
1592/2008

9.2 Maßnahmemittel für Integrationsangebote für ältere Kontingentflüchtlinge
2059/2008

9.3 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
2225/2008

9.4 Förderung von Angeboten für ältere Migranten/innen
2137/2008

9.5 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Ge-
meinwesenarbeit: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 1)
2209/2008

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in dem städtischen Gebäude Dellbrü-
cker Str. 34, 51067 Köln-Buchheim sowie Freigabe einer neuen Maßnahme im
Teilfinanzplan 1003 Wohnen
1354/2008

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Haushaltsjahr 2007 - Überplanmäßige Ausgaben im Einzelplan 4, Soziale Siche-

rung, bei Hst. 4000.530.0200.4 (Mieten und Pachten) sowie 4820.693.0000.2 (Einmalige Leistungen an Arbeitssuchende nach § 22 Abs. 2 und 5 SGB II und § 23 Abs. 3 SGB II)
1670/2008

11.2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Haushaltsjahr 2008
2236/2008

11.3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Integrationsrates durch Einrichtung einer Mehrstelle für Geschäftsführung und Unterstützung des Integrationsrates
1268/2008

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

13.1 Kölner Elf-Wochenende
hier: mündliche Anmerkung von Herrn Ensmann

13.2 Konten-Abfrage bei Kunden der ARGE (TOP 8.2.3)
hier: mündliche Zusatzfragen von Herrn Hilgers

13.3 Einnahmeausfälle für die Stadt Köln durch den Köln Pass
hier: mündliche Anfrage von Herrn Kellner

13.4 Flüchtlingsentwicklung in Köln
hier: mündliche Anfrage von Herrn Kluth

13.5 Auswertungsbericht Köln Pass
hier: mündliche Anfrage von Herrn Helling

13.6 Vorstellung des Versorgungsamtes im Ausschuss für Soziales und Senioren
hier: mündliche Anregung von Herrn Kluth

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 5 Hauptsatzung

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verpflichtet einstimmig Frau Carolina Brauckmann als sachkundige Einwohnerin und Herrn Stefan Meschig als stellvertretenden sachkundigen Einwohner gem. § 5 der Hauptsatzung.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt 1212/2008 hier: Beantwortung von Nachfragen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren 2096/2008

Herr Pohl (FDP) erklärt, nachdem nun die Zahlen korrigiert worden seien, habe er feststellen müssen, dass jetzt die Prozentzahlen nicht mehr stimmen, da für die Zahlen 2006 und 2007 offensichtlich von jeweils einer anderen Basis ausgegangen worden sei. Seiner Berechnung nach müsse der Prozentsatz statt 43,5% nun richtigerweise 45,6% lauten. Er bittet dies nachzuprüfen und entsprechend zu korrigieren.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung an die Fachverwaltung zu.

3.2 Anfrage von Herrn Kellner zur Mitteilung der Verwaltung aus der Sitzung am 10.04.2008 zum TOP 4.2 - Dokumentation der Zukunftswerkstatt "Lebens-ARTen 50plus" - eines Kooperationsprojekts von Kölner Seniorenvertretung, Universität zu Köln und Volkshochschule 1776/2008

Herr Kellner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Dies zeige, dass es ein reichhaltiges Programm für Seniorinnen und Senioren gebe.

3.3 Analoge Anwendung der "Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration" hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Helling aus der Sitzung vom 08.05.2008 2359/2008

Die Zwischenantwort der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.4 Köln-Pass 2523/2008

Da es sich hierbei um eine Tischvorlage handelt, wird diese Beantwortung erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

4 Mitteilungen

4.1 Prüfauftrag Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst - Zwischenstand- 1923/2008

Herr Helling bittet darum, weitere Zwischenberichte und den Endbericht auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

4.2 "Selbsthilfegruppen in Köln. Ausgabe 2008" - Wegweiser der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe im PARITÄTISCHEN (KISS Köln) 2104/2008

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.3 Barrierefreies Köln - Sachstand 2008 1976/2008

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.4 Leistungsbericht 2007 des Amtes für Soziales und Senioren 2238/2008

Da der Leistungsbericht 2007 des Amtes für Soziales und Senioren als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wurde, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diese Mitteilung erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

4.5 Pflegestützpunkte 2318/2008

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.6 Erfahrungsbericht SGB II 2005-2007 2290/2008

Frau Bredehorst weist darauf hin, die ARGE habe die Bearbeitung für den Personenkreis der erwerbsfähigen Wohnungslosen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten auf das Amt für Soziales und Senioren zurück übertragen. Ihres Wissens sei die ARGE Köln die einzige ARGE, die diese Vorgehensweise praktiziere.

Frau Scheunemann stellt nachfolgend kurz den ersten Erfahrungsbericht zu den Reso-Diensten Köln vor.

Herr Kluth fragt, ob es einen Vergleich zwischen den Kommunen über ihre Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen gebe.

Frau Scheunemann erklärt, einen Vergleich zwischen den Kommunen gebe es in diesem Bereich zwar nicht, jedoch finde ein Austausch auf der fachlichen Ebene statt. Inzwischen sei das Modell von vielen Kommunen in ähnlicher Form kopiert worden. Ein Hilfesystem, wie es Köln habe, gebe es jedoch in anderen Städten so nicht. Der wesentliche Punkt sei dabei in allen Kommunen, die das Modell übernommen haben, dass die Hilfen aus einer Hand erfolgen, d.h. die SGB XII- und SGB II-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten zusammen unter einem Dach.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstand ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 2478/2008

Herr Wagner stellt kurz die wesentlichen Inhalte in der Sachstandsmitteilung zu den Bereichen Widerspruchssachbearbeitung und Leistungssachbearbeitung (Backoffice) dar. Herr Wagner gibt weitere Erläuterungen zu den Zielverfehlungen in den drei folgenden Bereichen: Senkung passiver Leistungen, Integrationsquote Ü 25 und Ist-Ausgaben im Integrationsprogramm.

Frau Bredehorst ergänzt zu der nicht zufriedenstellenden Integrationsquote, dieses Thema sei in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe der ARGE sehr eingehend erörtert worden. Man sei optimistisch, dass hier Veränderungen erzielt werden können.

Herr Kluth begrüßt, dass die Verwaltung diese Zielabweichungen so offen und deutlich darlege. Es sei unbedingt anzustreben, dass jeder Kunde, der bei seinem Fallmanager vorsehe, anschließend auch ein Integrationsangebot erhalte. Die bisher erzielten Veränderungen bei der Steigerung der Besetzungsquote und der Abarbeitung der Rückstände hebt Herr Kluth lobend hervor.

Herr Ensmann unterstützt die bisher getroffenen Aussagen voll. Er lobt die bisherige Entwicklung in der ARGE.

Frau Schultes erkennt an, dass die ARGE sehr gute Arbeit leiste, es aber Probleme in den Bereichen Personal und EDV gebe. Frau Schultes nennt einige negative Beispielfälle aus ihrem praktischen Arbeitsbereich mit der ARGE.

Herr Wagner drückt sein Bedauern zu den von Frau Schultes dargestellten Fällen aus. Er bietet an, dass Frau Schultes bezüglich dieser Einzelfälle außerhalb der Sitzung mit ihm Kontakt aufnehmen könne. Er werde dann diesen Fällen nachgehen und ihr eine Rückmeldung geben.

Herr Wagner stellt ausdrücklich klar, auf Grund der noch bestehenden Postrückstände gebe es nach wie vor Probleme. Leider können daher solche Fälle auch immer wieder vorkommen.

Herr Wagner betont, die ARGE könne bei über 60.000 Bedarfsgemeinschaften glücklicherweise die überragende Zahl der Fälle, in denen Personen auf ALG II angewiesen seien, in vernünftiger Art und Weise zügig und zeitnah behandeln und bearbeiten.

Bei Problemen in Einzelfällen bietet er an, sich an das Beschwerdemanagement zu wenden.

Herr Pohl (FDP) bittet um Erläuterungen zur Höhe der Postrückstände von 550 Stück pro Team. Er fragt, ob es eine Richtlinie zur Abarbeitung gebe.

Weiterhin bittet er um Erläuterung, was die optimistische Haltung der Verwaltung in Bezug auf die Einstellung von weiteren externen 94 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern angehe. Er fragt, ob das Image der ARGE besser geworden sei oder die Verwaltung die Ansprüche an die einzustellenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesenkt habe.

Frau Bredehorst teilt mit, ein Team habe ca. 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Demzufolge teilen sich die Postrückstände in Höhe von 550 Stück auf 12 Personen auf. Diese Poststücke könne man jedoch nicht als liegengelassen bezeichnen, sondern sie befänden sich in der Bearbeitung. Es handele sich hierbei um einen normalen Bearbeitungslauf.

Herr Wagner erklärt, es gebe keine Prioritätenliste, die genau beschreibe, was zuerst bearbeitet werden müsse. Allerdings gebe es Vorgaben hierzu, die besagen, dass fiskalisch relevante Entscheidungen (z.B. ein Erstantrag oder ein Fortzahlungsantrag) vor der Notwendigkeit der Leistungszahlung vor dem eigentlichen Termin zu treffen sind. Danach sind alle weiteren fiskalischen Umstellungen, wie z.B. Mieterhöhungen, abzuarbeiten. Herr Wagner berichtet, in der Verantwortung der Leiter der Teams liege die Prüfung der Post in der Hinsicht, ob ein Termin bestehe oder nicht. Dies werde auch so in das Abarbeitungssystem eingebracht.

Weiterhin erläutert Herr Wagner kurz, wie die Richtzahl von 550 Poststücken, die als normale Größenordnung anzusehen sei, rechnerisch zu Stande komme. Damit ergebe sich eine akzeptable Bearbeitungszeit von ca. 3 bis 4 Wochen. Allerdings seien eingehende Anträge,

frühzeitiger zu bearbeiten, was dann zu internen Verschiebungen in der Bearbeitungszeit führe.

Herr Krücker fragt, wie trotz der Prioritätensetzung zu erklären sei, dass z.B. die von Frau Schultes genannten Fälle vorkommen.

Weiterhin hebt Herr Krücker hervor, dass die Beratungsstellen gerade in solchen Fällen viele Notsituationen von Einzelfällen abwenden und bei der ARGE auf kurzem und schnellem Wege intervenieren. Er bedauert, dass in diesem Jahr der Beratungsumfang gekürzt werden solle.

Herr Wagner betont nochmals, das gesteckte Ziel, bis Ende des Jahres ein Normalmaß von 550 Poststücken zu haben, sei noch nicht erreicht. Solange dies nicht erreicht sei, werde es zu solchen Problemen kommen. Dies sei nicht nur bedauerlich und nicht akzeptabel. Die ARGE habe aber den Druck dies zu ändern.

Herr Santelmann teilt zur Anmerkung von Herrn Krücker über die SGB II - Beratungsstellen mit, die Verwaltung gehe davon aus, dass sich die Arbeit der ARGE durch Personalaufbau etc. verbessern werde. Grundsätzlich habe die ARGE überlegt, den Beratungsumfang in diesem Jahr zu reduzieren. In den letzten Gesprächen mit der Geschäftsführung sei jedoch vereinbart worden, dass der Beratungsumfang in jedem Fall in der Größenordnung des letzten Jahres fortgeführt werden solle.

Herr Kellner erklärt, ihm seien problematische Fälle, wie die von Frau Schultes benannten, auch bekannt. Allerdings habe er sehr gute Erfahrungen mit der Beschwerdestelle der ARGE gemacht.

Herr Kellner hält die Stattgabequote bei Widersprüchen mit 40 % für sehr hoch sei. Er fragt nach den Gründen hierfür.

Herr Wagner berichtet anhand eines Beispiels, warum die Stattgabequote bei Widersprüchen bei 40% liege. Dies sei keinesfalls auf eine schlechte Sachbearbeitung zurückzuführen.

Auf Nachfrage von Herrn Pohl (FDP) teilt Herr Wagner mit, es sei eine große Zahl von sog. Blindbewerbungen eingegangen. Ab dem 17.06. werde es Vorstellungsgespräche geben. Außerdem habe die Agentur für Arbeit eine Auswertung über arbeitsuchende und arbeitslose Menschen im Tagespendelbereich gemacht, die in den Kriterienkatalog der ARGE-Mitarbeiter passen. Diese Auswertung habe eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen ergeben, die in einer zweiten Stufe zum Vorstellungsgespräch eingeladen würden.

Herr Wagner betont, eine Senkung der Qualifikationskriterien gebe es keinesfalls.

Auf Nachfrage von Herrn Kluth berichtet Herr Wagner, die Fluktuationsquote der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei weiterhin hoch, allerdings etwas rückläufiger als in 2007.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2008 2411/2008

Herr Ladenberger weist zu dem Flyer „Barrierefreie Gastronomie in Köln“ darauf hin, der Flyer sei auf die Tatsache zurückzuführen, dass es eine ganze Menge Gaststätten und Hotels in Köln gebe, die nicht barrierefrei seien. Im Rahmen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik habe man überlegt, was man hier unternehmen könne. Herr Ladenberger be-

richtet weiter über die Arbeitsgruppe, die sich hierzu gebildet hat. Mit dem Flyer solle an die Gaststättenbetreiber appelliert werden, ihre Gaststätten barrierefreier zu gestalten.

Auf Nachfrage von Frau Eylert erläutern Frau Reinecke und Herr Ladenberger die im Flyer verwendeten Piktogramme für Rollstuhlfahrer.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

7.1 Integrationsarbeit in der ARGE Köln hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2008 AN/0949/2008

Herr Ensmann begründet kurz den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Helling erklärt, die Frage der Nachhaltigkeit müsse durchaus erörtert werden. Allerdings sei er sich nicht darüber im Klaren, in welchem Kontext der Antrag gestellt worden sei. Der Antrag lasse vermissen, dass die ARGE nur einer der Akteure bei der Nachhaltigkeit sei, der Hauptakteur jedoch die Arbeitgeber des 1. Arbeitsmarktes seien.

Herr Helling führt weiter aus, der Ausschuss habe bereits früher und auch erst vor Kurzem weitere Untersuchungsaufträge an die ARGE erteilt, wie z.B. Verpflichtung der ARGE Köln zur Teilnahme am Benchmarking Prozess und auch eine externe Begleituntersuchung. Dies sei ebenfalls zu berücksichtigen.

Herr Helling spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung zunächst selber darstellen solle, wie sie diese Fragestellungen einschätze. Dies solle im Hinblick auf die umfangreiche Untersuchungstätigkeit erfolgen, die bereits angeregt worden sei und bei der man derzeit noch auf Ergebnisse warte.

Herr Kluth unterstützt die Ausführungen von Herrn Helling. Wenn diese Konzepterstellung sinnvoll sei, solle man dies seiner Ansicht nach natürlich in Auftrag geben. Er fragt sich jedoch, ob dieser Auftrag für die Verwaltung einen großen Aufwand darstelle, der viel Personal binde, und ob die so erzielten Informationen hilfreich seien, um anschließend z.B. Beratungsangebote verbessern zu können.

Herr Kluth betont, diese Frage müsse zunächst an die Verwaltung gestellt werden. In der nächsten Sitzung könne man über den Antrag entscheiden.

Herr Ensmann stellt fest, dass die Nachhaltigkeit nicht zufriedenstellend sei. Die CDU-Fraktion wünsche eine Dokumentation seitens der Verwaltung, über die Hauptgründe, warum die Nachhaltigkeit noch nicht gegeben sei.

Herr Pohl (FDP) teilt mit, neben der ARGE und den Arbeitgebern spiele bei der Nachhaltigkeit auch der Arbeitnehmer selbst eine große Rolle. Er hält die Formulierung im 2. Absatz „...nach einer erfolgreichen Integration...“ für unglücklich und begründet dies kurz.

Herr Pohl erklärt, das Neue und Wichtige an diesem Antrag sei der 3. Absatz. Er unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion gerade im Hinblick auf diesen 3. Absatz.

Frau Bredehorst nimmt Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zu diesem Thema in der Sitzung am 10.04.2008 und erläutert kurz die Kernaussagen der Beantwortung.

Frau Bredehorst sagt zu, die Verwaltung werde versuchen, sowohl bei dem Benchmarking der Großstädte Zwischenergebnisse zu erhalten, als auch zur nächsten Sitzung eine ausführliche Mitteilung zum Sachstand der Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu fertigen.

Herr Dr. Schulz teilt auf Grund seiner Erfahrungen in seinem Arbeitsbereich mit, Kernpunkt sei die Motivation zur Arbeitsaufnahme. Die schließe kurzfristige Tätigkeiten wie z.B. Saisonarbeit mit ein.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diesen Punkt zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Hierzu soll die Verwaltung, entsprechend der Zusage von Frau Bredehorst, noch zusätzliche Informationen liefern.

Herr Ensmann ist mit diesem Vorschlag einverstanden, bittet jedoch bei dem Benchmarking um eine Darstellung mit einem konkreten Bezug auf Köln.

7.2 Schulung amtlich bestellter Betreuer hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2008 AN/0953/2008

Herr Ensmann begründet kurz den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Frau Blümel teilt mit, das Diakonische Werk des Evangelischen Kirchenverbandes sei Träger eines Betreuungsvereins. Sie könne sich zwar mehrere Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Stadt Köln vorstellen, ist aber der Auffassung, dass der Bedarf, der im CDU-Antrag beschrieben wird, nicht der tatsächlich bestehende sei. Dieser Bedarf nämlich sei an anderen Stellen gesetzlich geregelt. Frau Blümel erläutert dies an einigen Beispielen. Auf Grund des gesetzlichen Auftrages halte sie die Einrichtung einer städtischen Stelle für überflüssig.

Herr Helling vermisst in dem CDU-Antrag die Benennung bestimmter Schwachstellen im System. Er könne dem Antrag so nicht zustimmen. Es seien mehr Informationen und eine Zieldefinition erforderlich, um zu erreichen, dass die wesentlichen Schwachstellen im Betreuungssystem ausgehebelt werden.

Herr Kluth regt an, dass die Verwaltung zunächst hierzu Stellung nehmen sollte.

Frau Bredehorst teilt im Hinblick auf die Beantwortung vom 10.04.2008 auf die zu diesem Thema gestellte Anfrage der SPD-Fraktion mit, es könnte hierbei die fälschliche Annahme entstehen, die Hauptverantwortung für das Betreuungsgeschehen liege bei der Stadt.

Frau Bredehorst sagt zu, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren eine ausführlichere Mitteilung zum System des Betreuungsrechtes zu erstellen und darzustellen, welche Aufgabe in diesem Rahmen die Stadt habe und welche Probleme hier entstehen. Daraus könne die Politik dann notwendige Maßnahmen ableiten.

Herr Kluth weist in diesem Zusammenhang auf die noch ausstehende Beantwortung der Frage 4 zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.03.2008 hin.

Herr Ensmann erläutert, die Betreuung einer Person liege nicht immer in einer Hand. Es gebe betreute Personen, die einen oder mehrere Betreuer haben, die für unterschiedliche Aufgaben zuständig seien.

Herr Ensmann bittet die Verwaltung um Erstellen einer Vorlage, aus der die Erkenntnisse der Verwaltung ersichtlich werden, sowie um Mitteilung für wie viele betreute Personen ein Be-

treuer zuständig sei. Herr Ensmann betont, Ziel sei es, diese unter Betreuung stehenden Personen zu schützen. Die Informationen der Verwaltung seien wichtig, um einschätzen zu können, ob und welche Maßnahmen hier zu ergreifen sind.

Herr Ladenberger bittet um Information, an welche Stellen sich ein unter Betreuung stehender Mensch wenden könne, wenn es Probleme gebe.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1 Beratungsdienste für Demenzerkrankungen hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.05.2008 AN/0980/2008

zu 8.2.1 Antwort der Verwaltung 2323/2008

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

8.2.2 Zahlungsverzug und Stromsperrungen in Köln hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 30.05.2008 AN/1163/2008

Die Beantwortung der Verwaltung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

8.2.3 Konten-Abfrage bei Kunden der ARGE hier: Anfrage der Fraktion DieLin- ke.Köln vom 02.06.2008 AN/1171/2008

Die Beantwortung der Verwaltung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum hier: Bühne der Kulturen e.V., IKULT Interkultureller Dialog e.V., Kindernöte e.V. 1592/2008

Frau Schmerbach teilt mit, der Integrationsrat habe entsprechend der Verwaltungsvorlage beschlossen, die drei Vereine nicht als interkulturelle Zentren anzuerkennen. Dies bedeute allerdings nicht, dass diese Vereine keine gute Arbeit leisten. Diese erfüllten nur nicht die Kriterien der Richtlinie. Frau Schmerbach hebt besonders den Verein Kindernöte e.V. hervor, der als Jugendhilfeträger gute Arbeit leiste. Hierauf sollte man ein besonderes Augenmerk legen.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren lehnt die Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum der nachfolgend bezeichneten Antragsteller ab:

Bühne der Kulturen e.V., Platenstr. 32, 50823 Köln

IKUlt Interkultureller Dialog e.V., Lindenstr. 14, 50674 Köln

Kindernöte e.V., Florenzer Str. 20, 50765 Köln

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Maßnahmemittel für Integrationsangebote für ältere Kontingentflüchtlinge 2059/2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, dass die in der Finanzposition 5050.573.1800.6 zur Verfügung stehenden Maßnahmemittel in Höhe von 8.618 € für Integrationsmaßnahmen von Kontingentflüchtlingen jüdischen Glaubens im Seniorenalter aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion an die Synagogen-Gemeinde Köln ausgezahlt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
2225/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung als Interkulturelles Zentrum der in Anlage 1* aufgeführten Einrichtungen.

**Diese Anlage ist nicht Bestandteil der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.4 Förderung von Angeboten für ältere Migranten/innen
2137/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Vergabe der auf der Finanzposition 5050.573.1800.6 vorhandenen Mittel für die Förderung von Angeboten für ältere Migranten/innen in Höhe von 30.000 € wie in Anlage 1* zu dieser Beschlussvorlage dargestellt.

**Diese Anlage ist nicht Bestandteil der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der
Gemeinwesenarbeit: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 1)
2209/2008**

Herr Kluth teilt mit, da er in der Tondernstraße wohne, werde er an der Abstimmung über den Fördervorschlag Nr. 2, Anwohnerinitiative Tondernstraße, nicht teilnehmen.

Herr Kluth stellt daher zunächst die Entscheidung über die Förderung der Nr. 2 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit einen Zuschuss an die Anwohnerinitiative Tondernstraße, Nr. 2 der Fördervorschläge, gemäß der beigefügten Anlage

1*, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Kluth nimmt an dieser Abstimmung über Nr. 2 der Fördervorschläge nicht teil.

Anschließend stellt Herr Kluth die restlichen Fördervorschläge Nr. 1, 3 bis 6 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit zu den Fördervorschlägen Nr. 1 und 3 bis 6 gemäß der beigefügten Anlage 1*, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

** Diese Anlage ist nicht Bestandteil der Niederschrift.*

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in dem städtischen Gebäude Dellbrücker Str. 34, 51067 Köln-Buchheim sowie Freigabe einer neuen Maßnahme im Teilfinanzplan 1003 Wohnen 1354/2008

Herr Schleicher teilt mit, es sei eine Veränderung in der Beratungsfolge erfolgt. Der Finanzausschuss werde am 23.06.2008 über diese Beschlussvorlage entscheiden.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Durchführung von Maßnahmen zur

Fassadendämmung und des Wärmeschutzes für das städtische Gebäude Dellbrücker Str. 34, 51067 Köln-Buchheim entsprechend der Leistungs- und Kostenberechnung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln vom 18.12.2007 (Anlage 1). Die Verwaltung wird beauftragt, den Auftrag zur Umsetzung an die städtische Gebäudewirtschaft in Höhe von 331.000 € zu erteilen.

Zur Deckung der Gesamtkosten sind im Teilfinanzplan 1003 Wohnen bei der Finanzstelle 5620-1003-0-5100 – Neubau Sozialhäuser – für das Jahr 2008 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung Auszahlungsermächtigungen in ausreichender Höhe vorzuschlagen.

Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von 331.000EUR bei der Finanzstelle 5620-1003-0-5100 Neubau Sozialhäuser.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Haushaltsjahr 2007 - Überplanmäßige Ausgaben im Einzelplan 4, Soziale Sicherung, bei Hst. 4000.530.0200.4 (Mieten und Pachten) sowie 4820.693.0000.2 (Einmalige Leistungen an Arbeitssuchende nach § 22 Abs. 2 und 5 SGB II und § 23 Abs. 3 SGB II) 1670/2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2007 im Einzelplan 4, Soziale Sicherung, eine weitere überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4000.530.0200.4 (Mieten und Pachten für Immobilien) in Höhe von 30.859,70 € sowie eine überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4820.693.0000.2 (Einmalige Leistungen an Arbeitssuchende nach § 22 Abs. 2 und 5 SGB II und § 23 Abs. 3 SGB II) in Höhe von 830.466,28 €.

Deckung erfolgt durch Wenigerausgaben bei den Hst. 4000.609.0900.1 (Kosten DV-Arbeiten) in Höhe von 30.859,70 € sowie durch Wenigerausgaben bei der Hst. 4210.793.0000.8 (Geldleistungen für den Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) in Höhe von 830.466,28 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Haushaltsjahr 2008
2236/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes durch die Bezirksregierung - die Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Haushaltsjahr 2008 (Finanzposition 5090.573.1800.8) auf der Grundlage der Beschlüsse zur Anerkennung als Interkulturelle Zentren des Ausschusses Soziales und Senioren vom 08.05.2008 und 05.06.2008 gemäß Anlage 1* und Anlage 2*.

Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes durch die Bezirksregierung - die Anschubfinanzierung bereits vor Anerkennung als Interkulturelles Zentrum der in der Anlage 3* genannten Einrichtungen im Haushaltsjahr 2008 (Finanzposition 5090.573.1800.8).

Der Rat beschließt die Ablehnung einer Anschubfinanzierung bereits vor Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für den Verein Afrikanische Gemeinde e.V.

** Die Anlage ist nicht Bestandteil der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Integrationsrates durch Einrichtung einer Mehrstelle für Geschäftsführung und Unterstützung des Integrationsrates
1268/2008**

Herr Kluth erklärt grundsätzlich sein Einverständnis mit der Beschlussvorlage. Er bittet um Mitteilung, ob die Stelle im diesjährigen Stellenplan bereits enthalten sei. Er spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Frau Fohlmeister erklärt, die Stelle sei nicht im Stellenplan 2008/2009 enthalten, da erst in der letzten Woche im Stadtvorstand eine Verwaltungsmeinung hergestellt werden konnte. Demzufolge konnte die Stelle nicht in den Stellenplan eingebracht werden. Dies müsse nachträglich erfolgen, andernfalls sei die Finanzierung über die Stellenreserve abzusichern.

Die Ausschussmitglieder stellen ausdrücklich fest, dass sie grundsätzlich der Beschlussvorlage zustimmen, sich jedoch für die Verweisung in die nachfolgenden Gremien aussprechen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Anfragen

**13.1 Kölner Elf-Wochenende
hier: mündliche Anmerkung von Herrn Ensmann**

Herr Ensmann bedankt sich bei den Organisatoren für die gelungene Veranstaltung zum Kölner Elf-Wochenende.

Herr Santelmann sagt eine Weiterleitung an die Bürgerzentren und die Fachdienststelle zu.

**13.2 Konten-Abfrage bei Kunden der ARGE (TOP 8.2.3)
hier: mündliche Zusatzfragen von Herrn Hilgers**

Zu der Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln zum Thema Konten-Abfrage bei Kunden der ARGE (TOP 8.2.3) stellt Herr Hilgers zwei Zusatzfragen. Er bittet um Mitteilung welche Bankdaten abgefragt werden und wie lange die Daten gespeichert bleiben sollen.

**13.3 Einnahmeausfälle für die Stadt Köln durch den Köln Pass
hier: mündliche Anfrage von Herrn Kellner**

Herr Kellner erinnert an seine Anfrage aus der letzten Sitzung am 08.05.2008 bezüglich der Einnahmeausfälle für die Stadt Köln, die durch den Köln Pass entstehen.

**13.4 Flüchtlingsentwicklung in Köln
hier: mündliche Anfrage von Herrn Kluth**

Herr Kluth erklärt, aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass immer mehr Menschen aus Italien nach Deutschland und demnach auch nach Köln reisen. Er bittet hier um eine genauere Sachstandsmitteilung. Außerdem habe er erfahren, dass es in Weiden schwierige Umstände mit einem Flüchtlingsheim gebe. Auch hier bittet er um nähere Informationen zur derzeitigen Situation.

Herr Schleicher teilt mit, in Köln leben derzeit rund 3.700 Flüchtlinge. Diese Zahl halte sich seit Monaten konstant. Nach dem Zuwanderungsgesetz habe Köln relativ wenige Personen aufnehmen müssen. Derzeit belaufe sich die Zahl auf durchschnittlich 30 Personen im Monat.

Herr Schleicher führt weiter aus, seit ca. 4 Wochen haben sich die Flüchtlingszahlen ganz erheblich verändert. Alleine in den letzten 3 Tagen seien ca. 40 Personen nach Köln gekommen und davor nochmals ca. 120 Personen. Dies müsse man mit dem offensichtlich veränderten Umgang mit einem Teil von ethnischen Minderheiten in Italien in Verbindung bringen. Allerdings gaben die Personen, die in den letzten 4 Wochen nach Köln gekommen seien, alle an, aus Serbien oder Montenegro zu kommen. Dies sei für die Verwaltung von Bedeutung, weil es sich dann um sog. Neufälle handele, die nach dem Zuwanderungsgesetz umverteilt werden müssten. Dieses Problem gelte es zu lösen. Herr Schleicher betont, alle Systeme, was die Sofortunterbringung und das Verteilungsverfahren betreffen, seien nach unten gefahren wurden. Daher gebe es nun einen gewissen Stau in der Abwicklung.

Herr Schleicher fügt hinzu, es gebe allerdings keinerlei Informationen, wie groß die gesamte Gruppe werde, die sich in Richtung Deutschland bzw. Köln auf den Weg mache. Aus Fachkreisen verlautete, dass diese Personenzahl noch ganz erheblich ansteigen werde.

Herr Schleicher erklärt auf eine Nachfrage von Herrn Ensmann, die Verwaltung sei auf die Unterbringung einer so großen Zahl nicht vorbereitet gewesen und die Abwicklung sei nicht schnell genug gelaufen. Nach einer ersten Information habe es für den Flüchtlingsrat auch so ausgesehen, als ob diese Personen aus Italien kämen. Bei der Überprüfung durch die Ausländerbehörde wurden jedoch andere Daten angegeben.

Herr Schleicher bestätigt auf Nachfrage von Herrn Helling, es sei nach wie vor gewährleistet, dass parallel zur Befragung durch die offizielle Ausländerbehörde auch die unabhängige Flüchtlingsberatung eingeschaltet werde.

Frau Wilden kritisiert die Kölner Flüchtlingspolitik.

Herr Krücker teilt mit, nach der Diskussion beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen am letzten Freitag sei eine Abfrage zur Unterbringungssituation erfolgt. Von den Initiativen sei bestätigt worden, dass der Ablauf reibungslos sei.

Herr Schleicher weist darauf hin, die Verwaltung halte sich grundsätzlich an die gesetzlichen Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes.

Weiterhin stellt er kurz die derzeitige Situation des Flüchtlingsheimes in Weiden dar. Es handele sich immer schon um eine kaum lösbare, schwierige Situation. Daraufhin habe die Verwaltung schon früh mit der Reduzierung der ursprünglichen 250 Plätze begonnen. Heute leben dort 67 Personen in zwei Häusern, die in Schnellbauweise errichtet wurden. Eines der Häuser werde in den nächsten 6 Wochen abgerissen werden.

Herr Schleicher führt weiter aus, die Situation verschärfe sich durch einen angrenzenden öffentlichen Parkplatz, auf dem vielfach auch über Nacht geparkt werde. Zudem finden dort Autorennen statt und es sei eine Containeranlage für die Bauarbeiter des Einkaufszentrums Weiden aufgestellt worden.

Herr Schleicher betont, hier sei schnellstens eine Klärung erforderlich. Er habe angeboten, in einer öffentlichen Veranstaltung hierzu Stellung zu nehmen. Das Ordnungsamt übernehme nun gezielt die Aufgabe, auf dem Parkplatz die normale Ordnung wiederherzustellen.

Herr Schleicher geht davon aus, dass bei der weiteren Umsetzung der guten Arbeit des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes auch das 2. Haus bald verschwinden werde.

**13.5 Auswertungsbericht Köln Pass
hier: mündliche Anfrage von Herrn Helling**

Herr Helling erinnert an seine Fragen zum Auswertungsbericht des Köln Passes aus der letzten Sitzung. Diese seien teilweise identisch mit den Fragen der Fraktion DieLinke.Köln, die im Rat beantwortet worden seien. Herr Helling bittet um Beantwortung seiner gestellten Fragen zur nächsten Sitzung.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**13.6 Vorstellung des Versorgungsamtes im Ausschuss für Soziales und Senioren
hier: mündliche Anregung von Herrn Kluth**

Herr Kluth regt an, die Arbeit des Versorgungsamtes, das vom Land auf die Kommune verlagert wurde, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vorzustellen.

Die Verwaltung sagt die Einladung des Versorgungsamtes zu.

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)